

Inhaltsverzeichnis

I. Umfang des Versicherungsschutzes

1. Gegenstand des Versicherungsschutzes, Versicherungsfall
2. Versicherte Person
3. Begrenzung der Leistung
4. Ausschlüsse
5. Ersatz für Verluste bei Interneteinkäufen
6. Ersatz für Verluste bei Internetverkäufen
7. Identitätsmissbrauch
8. Selbstbehalt bei Missbrauch von Zahlungskarten
9. Wiederbeschaffungskosten von Zahlungskarten und Identitätsdokumenten

10. Sperrung von Konten und Karten
11. Datenrettung
12. Psychologische Erstberatung nach Cyber-Mobbing
13. Löschen persönlicher und missbräuchlich verwendeter Daten

II. Beitrag

14. Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang können wir den Beitrag ändern?

III. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers

15. Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles
16. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles
17. Rechtsfolgen bei Verletzung von Obliegenheiten

Diese Versicherungsbedingungen gelten ergänzend zu den Versicherungsbedingungen für den SV PrivatSchutz - Allgemeiner Teil (SVPS-AT)

I. Umfang des Versicherungsschutzes

1. Gegenstand des Versicherungsschutzes, Versicherungsfall

1.1 Wir übernehmen im Versicherungsfall die Kosten nach den Ziffern 5 bis 13 und organisieren zusätzlich Hilfeleistungen durch Spezialisten oder Fachfirmen, wenn dies in den nachfolgenden Bestimmungen ausdrücklich genannt ist. Zur Geltendmachung Ihrer Ansprüche und um eine versicherte Leistung in Anspruch zu nehmen, steht Ihnen an allen Tagen des Jahres rund um die Uhr eine Service-Notrufnummer zur Verfügung.

1.2 Ein Versicherungsfall liegt vor, wenn die Voraussetzungen für die Erhebung eines Anspruchs nach den Ziffern 5 bis 13 gegeben sind.

2. Versicherte Person

Versichert sind Sie als Versicherungsnehmer und alle mit Ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Familienangehörigen. Als Familienangehörige gelten auch Ihr Ehegatte, Lebenspartner oder Lebensgefährte sowie dessen Kinder sofern diese mit ihrem Erstwohnsitz unter Ihrer Adresse gemeldet sind. Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder sowie Mündel sind leiblichen Kindern gleichgestellt.

3. Begrenzung der Leistung

3.1 Entschädigung je Versicherungsfall

Unsere Leistungen sind pro Versicherungsfall begrenzt auf die in den Ziffern 5 bis 13 jeweils genannten Bestimmungen.

3.2 Sonstige Beschränkungen

Sofern wir nach den Ziffern 5 bis 13 einen Dienstleister für die Erbringung der vereinbarten Leistung einsetzen, zahlen wir die zu übernehmenden Kosten direkt an den Dienstleistungsbetrieb. Sofern jedoch die von uns zu übernehmenden Kosten nicht ausreichen oder die jeweilige Jahreshöchstentschädigung überschritten wird, stellt der Dienstleistungsbetrieb Ihnen den darüber hinausgehenden Betrag direkt in Rechnung. In diesem Fall werden Sie informiert und um Zustimmung zur weiteren Beauftragung des Dienstleisters gebeten, bevor weitere Kosten anfallen.

Wir tragen keine Verantwortung für die ordnungsgemäße Ausführung der Tätigkeiten für die beauftragten oder vermittelten Unternehmen.

4. Ausschlüsse

Vom Versicherungsschutz ausgeschlossen sind Versicherungsfälle

4.1 durch Krieg oder kriegsähnliche Ereignisse, Bürgerkrieg, Revolution, Rebellion oder Aufstand, insbesondere auch Schäden jeglicher Art - auch im und/oder ausgehend vom virtuellen Raum (Cyberwar) mit Mitteln vorwiegend aus dem Bereich der Informationstechnik -, die unmittelbar oder mittelbar auf Kriegsereignissen oder anderen feindseligen Handlungen (gleichgültig, ob Krieg erklärt ist oder nicht) beruhen;

4.2 durch Terrorakte oder Cyberterrorismus. Terrorakte sind jegliche Handlungen von Personen oder Personengruppen zur Erreichung politischer, religiöser, ethnischer oder ideologischer Ziele, die geeignet sind, Angst oder Schrecken in der Bevölkerung oder Teilen der Bevölkerung zu verbreiten und dadurch auf eine Regierung oder staatliche Einrichtungen Einfluss zu nehmen;

4.3 durch Handlungen von staatlichen Stellen, insbesondere Strafverfolgungsbehörden, Geheimdiensten oder in deren Auftrag handelnden Dritten;

4.4 durch Erdbeben, Kernenergie, nukleare Strahlung, radioaktive Substanzen, innere Unruhen oder von einem Sonnensturm freigesetzte elektromagnetische Impulse (EMP);

4.5 durch einen allgemeinen Ausfall/Unterbrechung/Störung des Netzes (Strom, Internet, Telekommunikation; Störungen von Serviceleistungen des Internetproviders des Versicherungsnehmers);

4.6 durch Beeinträchtigungen von IT-Systemen und Anwendungen, für die der Hersteller keinen Support mehr bietet, insbesondere keine Sicherheitspatches mehr bereitstellt;

4.7 im Zusammenhang mit pornographischen Inhalten, Lotterien, Preisausschreiben, Werbe- oder anderen Glücksspielen.

4.8 Die Leistung ist ausgeschlossen

- soweit eine Entschädigung aus einem anderen Versicherungsvertrag (z. B. Hausratversicherung) beansprucht werden kann oder andere von Ihnen eingebundene Dienstleister (z. B. Online-Bezahlsysteme oder Online-Treuhänder) zum Ersatz verpflichtet sind;
- für Schäden, die im Zusammenhang mit einer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit sowie einer Mitgliedschaft in einem Verein, einem Verband, einer Partei oder einer Gewerkschaft stehen;
- für Schäden, die im Zusammenhang mit der Zahlung von Löse-/Erpressungsgeldern oder der Erfüllung von Erpressungsforderungen stehen;
- für Kosten, die aus Schadenereignissen vor Beginn des Versicherungsschutzes resultieren.

5. Ersatz für Verluste bei Interneteinkäufen

5.1 Versichert sind von Ihnen über das Internet gekaufte Waren (körperlicher Gegenstand). Versicherungsschutz besteht für die Nicht- oder Falschlieferung der versicherten Ware sowie für den Fall, dass die Ware beschädigt oder zerstört bei Ihnen ankommt. Versichert sind nur Waren mit einem Kaufpreis (inkl. Versandkosten) zwischen 50 und 3.000 EUR, die dem persönlichen Gebrauch dienen und die in einem Zahlungsvorgang vollständig bezahlt wurden (kein Ratenkauf).

5.2 Die Höchstentschädigung beträgt 3.000 EUR je Versicherungsfall. Pro Kalenderjahr können höchstens zwei Versicherungsfälle nach dieser Bestimmung geltend gemacht werden.

5.3 Wir erstatten den Kaufpreis der versicherten Ware nur, wenn bei Beschädigung, Nicht- oder Falschlieferung eine Rückabwicklung des Kaufvertrages sowie Rückerstattung des Kaufpreises durch Sie nicht erreicht werden kann. In diesem Fall ist uns die Ware zu überlassen.

Eine Nichtlieferung liegt vor, wenn Sie die Ware nicht innerhalb eines Monats ab Rechnungsdatum nach vollständiger Bezahlung des Kaufpreises erhalten haben.

Eine Falschlieferung liegt vor, wenn eine andere, als die im Kaufvertrag vereinbarte Ware geliefert wurde.

5.4 Voraussetzung für die Leistung ist, dass Sie nachweislich die Rechte, die Ihnen gesetzlich oder vertraglich zustehen (insbesondere Widerruf und Gewährleistungsrechte), in Anspruch genommen haben, um:

- bei Beschädigung die Ware durch Nachbesserung oder Nachlieferung des Verkäufers gegen eine einwandfreie Ware einzutauschen oder;
- bei Nicht- oder Falschlieferung eine neue Lieferung des Gegenstands durch den Verkäufer zu erwirken;

- bei Unterbleiben oder Fehlschlagen einer Nachbesserung oder Nachlieferung den Kaufpreis nach Rücktritt vom Vertrag vom Verkäufer erstattet zu bekommen.

5.5 Wird der Kaufvertrag zu einem späteren Zeitpunkt doch noch ordnungsgemäß erfüllt, so haben Sie den von uns bezahlten Entschädigungsbetrag unverzüglich ohne Aufforderung an uns zurückzuerstatten.

5.6 Kein Versicherungsschutz besteht für Online-Kaufverträge über nachfolgende Waren:

- Bargeld (auch Gold- und Silbermünzen), Schecks, Reiseschecks, alle sonstigen Wertpapiere
- Waren im Zusammenhang mit Abrechnungen von Telefon- oder Internet Providern
- Gutscheine und Eintrittskarten
- Strom, Gas, Pflanzen und Tiere
- Waffen und illegal erworbene oder verbotene Waren

Ferner besteht kein Versicherungsschutz

- bei Schäden im Zusammenhang mit Online-Verträgen über Dienstleistungen, Reisen, Mieten, Patches, Downloads, (Software-)Lizenzen oder Urheberrechten;
- für entgangenen Gewinn oder Zinsverluste oder Kosten der Rechtsverfolgung;
- wenn der Verkäufer seinen Firmen- oder Wohnsitz außerhalb des europäischen Wirtschaftsraums (EU-Mitgliedsstaaten sowie Island, Liechtenstein und Norwegen) oder der Schweiz hat;
- sofern lediglich die Kaufanbahnung über Online-Portale erfolgt ist, der Vertragsabschluss aber nicht online stattgefunden hat.

6. Ersatz für Verluste bei Internetverkäufen

6.1 Versicherungsschutz besteht, wenn

- Sie als Verkäufer beim Onlineverkauf von einem Dritten über seine Identität getäuscht wurden, indem dieser die Zugangsdaten zu einem Online-Portal einer anderen Person (vermeintlicher Käufer) rechtswidrig genutzt hat und
- Sie aufgrund rechtlicher Verpflichtungen dem vermeintlichen Käufer mangels (dessen) Verschulden einen bereits von diesem erhaltenen Kaufpreis erstatten müssen, ohne dass Sie die Sache zurückerhalten.

6.2 Die Höchstentschädigung beträgt 3.000 EUR je Versicherungsfall. Pro Kalenderjahr können höchstens zwei Versicherungsfälle nach dieser Bestimmung geltend gemacht werden.

6.3 Voraussetzung für die Leistung ist, dass Sie nachweislich Ihre gesetzlich zustehenden Rechte in Anspruch genommen haben, um die gelieferte Ware vom betrügerischen Dritten zurückzubekommen und dieser Ihrer Aufforderung nicht nachgekommen ist. Sie haben uns die Kontaktdaten sowohl des vermeintlichen Käufers, als auch des Dritten mitzuteilen, soweit diese Ihnen bekannt sind und uns sämtlichen Schriftverkehr mit dem vermeintlichen Käufer und/oder dem Dritten zu überlassen.

6.4 Erhalten Sie oder eine mitversicherte Person nachträglich eine Zahlung oder Rückgabe der Sache durch den Dritten, haben Sie insoweit den von uns bezahlten Entschädigungsbetrag unverzüglich ohne Aufforderung an uns zurückzuerstatten.

6.5 Kein Versicherungsschutz besteht,

- wenn die Versendung der Ware bereits vor dem Erhalt der Gegenleistung (z. B. Gutschrift des Kaufpreises auf Ihrem Konto) erfolgte;
- für die in Ziffer 5.6 genannten Fälle;
- wenn der Käufer seinen Wohnsitz oder Firmensitz außerhalb der Europäischen Union hat;
- sofern lediglich die Verkaufsanbahnung über Online-Portale erfolgt ist, der Vertragsabschluss aber nicht online stattgefunden hat.

7. Identitätsmissbrauch

7.1 Versichert sind Vermögensschäden, die Ihnen durch einen Identitätsmissbrauch entstehen. Ein Identitätsmissbrauch liegt vor, wenn der handelnde Dritte zur Nutzung Ihrer personenbezogenen Daten weder selbst berechtigt noch von Ihnen bevollmächtigt wurde und er diese Daten rechtswidrig zur Erlangung eines Vermögensvorteils oder zum Zwecke der Bereicherung nutzt.

7.2 Versichert ist ausschließlich der Missbrauch

- von privat genutzten Kredit-, Bank- oder sonstigen Debitkarten beim Bezahlen im Internet;
- eines privat genutzten Online-Kundenkontos, sofern Sie dadurch aufgrund einer rechtlichen Verpflichtung zur Lieferung einer Ware oder Rückerstattung des Kaufpreises verpflichtet sind;

- beim privaten Online-Banking oder der Nutzung sonstiger elektronischer Bezahlssysteme mit Bank-Funktion (z. B. PayPal) sowie Schäden durch Pharming, Phishing und Skimming.

7.3 **Pharming** ist eine Betrugsmethode, bei der sich der Täter durch das Umleiten des Internetnutzers auf gefälschte Webseiten durch Manipulation des Webbrowsers (beispielsweise durch DNS-Spoofing) vertrauliche Zugangs- und Identifikationsdaten von arglosen Dritten verschafft. Mit den gewonnenen Daten nimmt der Täter unter der Identität des Inhabers im Online-Verkehr unerlaubte Handlungen vor.

7.4 **Phishing** ist eine Betrugsmethode, bei der sich der Täter mit Hilfe gefälschter E-Mails vertrauliche Zugangs- und Identifikationsdaten von arglosen Dritten verschafft, wobei der Täter typischerweise ein durch die Täuschung über die tatsächliche Identität erlangtes Vertrauensverhältnis ausnutzt. Mit den gewonnenen Daten nimmt der Täter unter der Identität des Inhabers im Online-Verkehr unerlaubte Handlungen vor.

7.5 **Skimming** ist eine Betrugsmethode, bei der der Täter - beispielsweise am Bankautomaten - Kartendaten und die PIN ausspäht. Mit den gewonnenen Daten nimmt der Täter unter der Identität des Inhabers im Bankverkehr unerlaubte Handlungen vor.

7.6 Die Höchstentschädigung beträgt 15.000 EUR je Versicherungsfall. Pro Kalenderjahr können höchstens zwei Versicherungsfälle nach dieser Bestimmung geltend gemacht werden.

7.7 Voraussetzung für die Leistung ist, dass Sie die vereinbarten Pflichten als Kunde gegenüber dem Kreditkarten-, Zahlungs- oder E-Geld-Institut schuldhaft verletzt haben und deshalb die Erstattung des Schadens durch die Bank zu Recht vollständig oder teilweise schriftlich abgelehnt wurde.

7.8 Kein Versicherungsschutz besteht für Schäden, die dadurch entstanden sind, dass

- Zahlungskarten oder Zugangsdaten bereits vor Beginn des Versicherungsschutzes in den Besitz eines Dritten gelangt sind;
- Sie oder eine mitversicherte Person einen Schaden in betrügerischer Absicht unmittelbar oder mittelbar verursacht bzw. ermöglicht haben;
- Zahlungskarten oder Zugangsdaten durch Beschlagnahme, Entziehung oder sonstige Eingriffe von hoher Hand sowie Pfändung in den Besitz eines Dritten gelangt sind.

8. Selbstbehalt bei Missbrauch von Zahlungskarten

8.1 Versichert ist die mit Ihnen vertraglich vereinbarte Selbstbeteiligung, die ein Kreditkarten-, Zahlungs- oder sonstiges Geldinstitut bei missbräuchlichem Einsatz Ihrer privat genutzten Kredit-, Bank- oder sonstigen Debitkarte nach einem Identitätsmissbrauch im Sinne von Ziffer 7.1 von Ihnen verlangt.

8.2 Voraussetzung für die Leistung ist, dass

- Ihnen durch den missbräuchlichen Einsatz Ihrer Zahlungskarte ein Vermögensschaden auf Ihrem Bankkonto entstanden ist;
- Sie die widerrechtliche Belastung des Kontos innerhalb von 48 Stunden nach Kenntnis darüber Ihrem Kreditkartenunternehmen melden und
- der in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Instituts geregelte Selbstbehalt von Ihnen verlangt wurde.

8.3 Versicherungsschutz besteht auch nach Verlust oder Diebstahl Ihrer Zahlungskarte.

9. Wiederbeschaffungskosten von Zahlungskarten und Identitätsdokumenten

9.1 Versichert sind die Wiederbeschaffungskosten von persönlichen und privaten Zahlungskarten (z. B. EC-Karte, Kreditkarte, Debitkarte) und Identitätsdokumenten (z. B. Personalausweis, Reisepass oder Führerschein).

9.2 Die Höchstentschädigung beträgt 250 EUR je Versicherungsfall. Pro Kalenderjahr können höchstens zwei Versicherungsfälle nach dieser Bestimmung geltend gemacht werden.

9.3 Voraussetzung für die Leistung ist, dass Sie Opfer eines Identitätsmissbrauchs im Sinne von Ziffer 7.1 geworden sind und Ihre Zahlungskarte aus diesem Grunde gesperrt wurde. Wir übernehmen die notwendigen Gebühren für das Ausstellen einer neuen Karte, wenn die Bank diese von Ihnen verlangt. Dasselbe gilt, wenn ein Identitätsdokument missbräuchlich eingesetzt wurde und die zuständige Behörde Ihnen Kosten für Neu- bzw. Ersatzdokumente in Rechnung stellt.

9.4 Versicherungsschutz besteht auch nach Diebstahl der Zahlungskarte oder des Identitätsdokuments, ohne dass bereits ein Identitätsmissbrauch vorliegt.

10. Sperrung von Konten und Karten

10.1 Versichert sind Serviceleistungen (Beratung und Unterstützung), die im Rahmen der Sperrung von Konten, Karten und Zahlungsmitteln erbracht werden.

10.2 Voraussetzung für die Leistung ist, dass Sie Opfer eines Identitätsmissbrauchs im Sinne von Ziffer 7.1 geworden sind. Die Leistung wird auch erbracht, wenn noch kein Vermögensschaden entstanden ist, jedoch infolge einer Handlung eines Dritten unmittelbar droht.

10.3 Versicherungsschutz besteht auch nach Verlust und Diebstahl der Zahlungskarte, ohne dass ein Identitätsmissbrauch vorliegt.

11. Datenrettung

11.1 Wir organisieren eine Fachfirma und übernehmen die notwendigen Kosten für die Wiederherstellung Ihrer elektronischen und ausschließlich für private Zwecke genutzten Daten nach einer Online-Attacke. Die Höchstentschädigung beträgt 2.000 EUR je Versicherungsfall. Pro Kalenderjahr können höchstens zwei Versicherungsfälle nach dieser Bestimmung geltend gemacht werden.

11.2 Voraussetzung ist, dass

- die Daten auf einem Datenträger (z. B. Festplatte oder Speicherkarte) gespeichert waren;
- die Daten durch das Handeln unbefugter Dritter oder eine Schadsoftware beschädigt, zerstört, unbrauchbar oder nicht mehr verfügbar sind und
- sich der Datenträger im Zeitpunkt des Angriffs in Ihrem oder im Besitz einer mitversicherten Person befunden hat.

Eine erfolgreiche Wiederherstellung Ihrer Daten scheidet aus, wenn eine Rekonstruktion der Daten technisch nicht möglich ist.

11.3 Kein Versicherungsschutz besteht für

- den erneuten Lizenzerwerb;
- Daten, die auf Spielekonsolen gespeichert sind;
- Daten, zu deren Nutzung Sie oder eine mitversicherte Person nicht berechtigt waren oder es sich um Daten strafrechtlichen Inhalts handelt.

12. Psychologische Erstberatung nach Cyber-Mobbing

12.1 Werden Sie oder eine mitversicherte Person Opfer von Cyber-Mobbing, organisieren wir eine telefonische psychologische Erstberatung durch einen Diplom-Psychologen und übernehmen die Kosten hierfür. Die telefonische Unterstützung umfasst Informationen zu Hilfsquellen und Benennung von weiteren Unterstützungsangeboten und Empfehlungen zur weiteren Behandlung.

12.2 Die telefonische Erstberatung kann höchstens bis zu drei Stunden pro Kalenderjahr in Anspruch genommen werden. An einer daran anschließenden psychologischen Behandlung beteiligen wir uns pro Kalenderjahr mit insgesamt maximal 300 EUR.

12.3 Cyber-Mobbing ist die Diffamierung, Belästigung, Bedrängung oder Nötigung mit Hilfe elektronischer Kommunikationsmittel über das Internet. Hierzu gehört auch der Diebstahl Ihrer virtuellen Identität, um in Ihrem Namen Beleidigungen vorzunehmen.

13. Löschen persönlicher und missbräuchlich verwendeter Daten

13.1 Werden Ihre persönlichen Daten gegen Ihren Willen im Internet auf einer fremden Website veröffentlicht, unterstützen wir Sie bei der Löschung dieser Inhalte. Dies gilt auch für rechtswidrige Äußerungen (z. B. Beleidigungen) über Sie, die geeignet sind, Ihr persönliches Ansehen herabzusetzen. In diesen Fällen beauftragen wir einen spezialisierten Dienstleister oder eine Agentur zur Löschung oder Unterdrückung von Suchinhalten von Online-Inhalten nach Anschreiben der Agentur an den Serviceprovider oder Webseitenbetreiber. Darüber hinaus informieren und beraten wir Sie über alternative Vorgehensweisen zur Datenlöschung.

13.2 Je Website übernehmen wir bis zu drei Löschkversuche, sofern dies erforderlich ist. Bleiben die Löschkversuche erfolglos, haben Sie uns gegenüber keinen Anspruch auf eine erfolgreiche Löschung der gegen Ihren Willen veröffentlichten persönlichen Daten oder rechtswidriger Äußerungen.

13.3 In Fällen, bei denen eine Löschung persönlicher Daten oder rechtswidriger Äußerungen nach Ziffer 13.1 und 13.2 erfolglos verlau-

fen ist, vermitteln wir Ihnen auf Wunsch einen in Deutschland zugelassenen Rechtsanwalt für ein persönliches Erstberatungsgespräch und übernehmen die Kosten für die Erstberatung. Pro Kalenderjahr können höchstens zwei Versicherungsfälle nach dieser Bestimmung geltend gemacht werden.

II. Beitrag

14. Unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang können wir den Beitrag ändern?

14.1 Anpassung des Beitrags aufgrund einer Neukalkulation
Der Beitrag wird unter Berücksichtigung der Schadenaufwendungen, der Kosten (insbesondere der Provisionen, der Sach- und Personalkosten und des Aufwands für die Rückversicherung) sowie des Gewinnansatzes kalkuliert.

14.2 Wir sind berechtigt und verpflichtet, den Beitrag für bestehende Versicherungsverträge zu überprüfen und - wenn die Entwicklung der Schadenaufwendungen (und der den Verträgen zurechenbaren Kosten) dies erforderlich macht - an diese Entwicklung anzupassen. Erhöhungen des Gewinnansatzes und der Provisionsätze bleiben bei der Neukalkulation außer Betracht. Zur Ermittlung des Anpassungsbedarfs wird der Beitrag mindestens alle fünf Jahre - gerechnet ab 01.05.2016 - neu kalkuliert.

14.3 Die Neukalkulation berücksichtigt auf der Basis der bisherigen Schadenentwicklung insbesondere die voraussichtliche künftige Entwicklung des Schadenbedarfs. Unternehmensübergreifende Daten dürfen dabei für den Fall herangezogen werden, dass eine ausreichende Grundlage unternehmenseigener Daten nicht zur Verfügung steht. Die Neukalkulation der Beiträge wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen durchgeführt. Für Teile des Gesamtbestandes, die nach objektiven risikobezogenen Kriterien abgrenzbar sind, kann zur Ermittlung des Anpassungsbedarfs auf den entsprechenden Teilbestand abgestellt werden.

14.4 Ergibt die Neukalkulation, dass eine Änderung des Beitrags um weniger als 5 % erforderlich wäre, besteht kein Anpassungsrecht und auch keine Anpassungsverpflichtung. Wird die vorgenannte Schwelle überschritten, sind die Neukalkulation und die ihr zugrunde liegenden Statistiken einem unabhängigen Treuhänder zur Prüfung vorzulegen. Sofern dieser die Angemessenheit der Neukalkulation bestätigt, sind wir berechtigt und im Fall einer sich aus der Neukalkulation ergebenden Beitragsreduzierung verpflichtet, den Beitrag für die bestehenden Verträge mit Wirkung ab Beginn des nächsten Versicherungsjahres entsprechend anzupassen.

Dabei darf eine sich aus der Neukalkulation ergebende Erhöhung 20 % des bisherigen Beitrags nicht übersteigen. Darüber hinaus darf der neue Beitrag nicht höher sein, als der Beitrag für vergleichbaren Versicherungsschutz im Neugeschäft.

14.5 Senkungen des Beitrags gelten ohne besondere Mitteilung ab Beginn des nächsten Versicherungsjahres, das auf den Abschluss der Überprüfung durch den Treuhänder folgt. Hält der Treuhänder eine von uns im Rahmen der Neukalkulation ermittelte Senkung des Beitrags für nicht ausreichend, haben wir unverzüglich eine Neukalkulation vorzulegen.

14.6 Erhöhungen des Beitrags gemäß Ziffer 14 wird Ihnen von uns spätestens drei Monate vor Beginn des nächsten Versicherungsjahres mitgeteilt.

Sie können den Versicherungsvertrag innerhalb von sechs Wochen nach Eingang der Mitteilung mit Wirkung auf den Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Erhöhung schriftlich kündigen. Über das Kündigungsrecht und die bei der Kündigung zu beachtenden Voraussetzungen werden wir Sie in der Mitteilung über die Erhöhung des Beitrags informieren.

III. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers

15. Obliegenheiten vor Eintritt des Versicherungsfalles
Zum Schutz vor Schadsoftware und bekannten Software-Schwachstellen sind auf Ihren internetfähigen Endgeräten stets wirkungsvolle und aktuelle Schutzprogramme (Antivirensoftware) im Einsatz zu halten sowie regelmäßig zutreffende Sicherheits-Updates (Patches) für die gesamte Software zeitnah (spätestens zwei Wochen nach Verfügbarkeit) einzuspielen.

16. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles

16.1 Sie müssen uns jeden Versicherungsfall unverzüglich anzeigen. Steht das Recht auf die vertragliche Leistung einem Dritten zu, ist auch dieser zur Anzeige verpflichtet. Schäden durch strafbare Handlungen gegen das Eigentum oder das Vermögen haben Sie auch unverzüglich der Polizei anzuzeigen.

16.2 Sie haben uns, soweit möglich, unverzüglich jede Auskunft zu erteilen, die zur Feststellung des Versicherungsfalles oder des Umfangs unserer Leistungspflicht erforderlich ist sowie jede Untersuchung über Ursache und Höhe des Schadens und über den Umfang der Entschädigungspflicht zu gestatten.

16.3 Im Fall eines Identitätsmissbrauchs ist die widerrechtliche Belastung Ihres Kontos binnen 48 Stunden nach Kenntnis den zuständigen Behörden und uns zu melden.

16.4 Sie haben dafür zu sorgen, dass der Schaden, sofern möglich, abgewendet oder gemindert wird. Unseren Weisungen haben Sie dabei zu befolgen, soweit es für Sie zumutbar ist. Sie haben uns über den Schaden ausführlich und wahrheitsgemäß zu berichten und uns bei der Schadenermittlung und -regulierung zu unterstützen. Alle Umstände, die nach unserer Ansicht für die Bearbeitung des Schadens wichtig sind, müssen Sie uns mitteilen sowie alle dafür angeforderten Schriftstücke übersenden.

16.5 Sie sind verpflichtet, uns bei der Durchsetzung der Ansprüche gegenüber Dritten zu unterstützen und uns hierfür alle erforderlichen Unterlagen auszuhändigen.

17. Rechtsfolgen bei Verletzung von Obliegenheiten

17.1 Verletzen Sie eine Obliegenheit aus diesem Vertrag, die Sie vor Eintritt des Versicherungsfalles zu erfüllen haben, können wir den Vertrag innerhalb eines Monats ab Kenntnis von der Obliegenheitsverletzung fristlos kündigen. Wir haben kein Kündigungsrecht, wenn Sie nachweisen, dass die Obliegenheitsverletzung weder auf Vorsatz noch auf grober Fahrlässigkeit beruhte.

17.2 Wird eine Obliegenheit aus diesem Vertrag vorsätzlich verletzt, verlieren Sie Ihren Versicherungsschutz. Bei grob fahrlässiger Verletzung einer Obliegenheit sind wir berechtigt, unsere Leistung in einem der Schwere Ihres Verschuldens entsprechenden Verhältnis zu kürzen. Der vollständige oder teilweise Wegfall des Versicherungsschutzes hat bei Verletzung einer nach Eintritt des Versicherungsfalles bestehenden Auskunfts- oder Aufklärungsobliegenheit zur Voraussetzung, dass wir Sie durch gesonderte Mitteilung in Textform auf diese Rechtsfolge hingewiesen haben.

Weisen Sie nach, dass Sie die Obliegenheit nicht grob fahrlässig verletzt haben, bleibt der Versicherungsschutz bestehen.

Der Versicherungsschutz bleibt auch bestehen, wenn Sie nachweisen, dass die Verletzung der Obliegenheit weder für den Eintritt oder die Feststellung des Versicherungsfalles noch für die Feststellung oder den Umfang der uns obliegenden Leistung ursächlich war. Das gilt nicht, wenn Sie die Obliegenheit arglistig verletzt haben.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten unabhängig davon, ob wir ein uns nach Ziffer 17.1 zustehendes Kündigungsrecht ausüben.